

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag  
Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschussdrucksache 20(22)66

25. November 2022

---

**Stellungnahme Prof. Dr. Raphael Gross**

---

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
Realisierungsvorschlag zur Errichtung eines Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und  
deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“  
BT-Drucksache 20/1845

## **Stellungnahme Prof. Dr. Raphael Gross Dokumentationszentrum «Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa» (ZWBE)**

### **Zusammenfassung und Erläuterungen zum Realisierungsvorschlag der Stiftung Deutsches Historisches Museum**

**Ausgangspunkt: Beschluss des Deutschen Bundestages vom 9. Oktober 2020**

Der Bundestag hat am 9. Oktober 2020 entschieden, die Erinnerung an die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges zu stärken und das Wissen um bisher weniger beachtete Opfergruppen des Nationalsozialismus zu vertiefen. Dieser Beschluss verlangt die Errichtung eines Dokumentationszentrums, das sich dieser zentralen historischen Erfahrung großer Teile Europas widmet.

Diesen Auftrag nimmt das Deutsche Historische Museum (DHM) in vollem Umfang an und setzt ihn mit seinem Realisierungsvorschlag von Dezember 2021 um. Dieses Rahmenkonzept ist dabei weder eine wissenschaftliche Abhandlung, noch ein detailliertes Ausstellungsdrehbuch. Der Realisierungsvorschlag ist am DHM als große, erfahrene und international renommierte Institution in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Deutschland und Europa und mit den Leitungspersonen zahlreicher inländischer Erinnerungsorte entstanden. Er zeigt einen Weg, der auf dem Stand der Wissenschaft eine schnelle, tragfähige und in Europa zustimmungsfähige Errichtung der vom Bundestag gewünschten Einrichtung ermöglicht.

Die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses mit den Leitgedanken einer europäischen Verständigung und einer Überwindung nationaler Narrative wirkt sich sowohl auf die vorgeschlagenen Inhalte, als auch auf die vorgeschlagenen Strukturen aus.

#### **1. Inhalte: Ständige Ausstellung**

Die Ständige Ausstellung folgt einer thematischen Gliederung. Zentrale Elemente sind die nationalsozialistische Ideologie, die im von Deutschland besetzten Europa unvorstellbares Leid und Gewalt legitimierte, sowie die spezifischen Tätergruppen, die diese ideologischen Grundlagen in die Tat umsetzten. Länderübergreifend werden am Alltag der Besetzten die unmittelbaren Folgen des deutschen Handelns sowie die Reaktionen und Überlebensstrategien der Betroffenen dokumentiert. Hierzu wird eine Reihe von Gewaltphänomenen identifiziert, die im ganzen besetzten Teil des Kontinents, wenngleich in unterschiedlicher Intensität und Dimension, lebensbestimmend war. Gleichzeitig werden dadurch bisher wenig thematisierte Opfergruppen ins Zentrum einer Ständigen Ausstellung gerückt.

### Beispiel 1: Hunger

Ein zentrales Gewaltphänomen ist die Erfahrung von Hunger. Die Spanne reichte von Mangelversorgung mit bestimmten Lebensmitteln über Hungerrationen bis hin zum gezielten Verhungernlassen. Somit gab es durchaus Unterschiede zwischen den besetzten Ländern, aber auch innerhalb dieser. Überall wurden die zur Verfügung stehenden Lebensmittel zur Versorgung der deutschen Soldaten, des zivilen Besatzungspersonals und der Bevölkerung in Deutschland dezimiert, zusätzlich auch durch private Aufkäufe deutscher Soldaten. Erschwerend kamen je nach Land weitere Faktoren hinzu. In Griechenland war die Hungerkrise, die mindestens 100.000 Menschen das Leben kostete, vor allem eine unmittelbare Kriegsfolge, denn die landwirtschaftliche Produktion und die Versorgungswege brachen zusammen. In den Niederlanden blockierten die Deutschen nach der Landung der Alliierten die Versorgung in den westlichen Landesteilen. In der Folge starben im sog. «Hungerwinter» 1944/ 45 bis zu 22.000 Menschen. Im belagerten Leningrad setzte die Wehrmacht Hunger gezielt als Kriegswaffe gegen die Stadtbevölkerung ein und bis zu einer Million Russen starben an Mangelernährung, Erschöpfung oder Folgekrankheiten.

Dieses Beispiel zeigt die Bedeutung des thematischen Zugriffs: Erst im europäischen Vergleich werden Gemeinsamkeiten und ähnliche Erfahrungen erkennbar, genauso wie grundlegende Unterschiede. Das würde bei Länderkapiteln verborgen bleiben.

Auch würde ein nach Ländern gegliederter Zugriff zwangsläufig Konkurrenzen zwischen den nationalen Geschichtserzählungen nach sich ziehen und geradezu befördern. Dagegen stellt die thematische Struktur zunächst Verbindendes zwischen den Ländern her und weist erst vor diesem Hintergrund auf Unterschiede hin, die stets an sehr konkrete Beispiele zurückgebunden werden.

### Beispiel 2: Kooperation

Dass die deutschen Besatzer überall im besetzten Europa in ganz unterschiedlichem Maße auf die Zuarbeit Einheimischer angewiesen waren, ist eine der Gemeinsamkeiten. Das umfasst auch die Mittäterschaft an Gewaltverbrechen. In den ehemals besetzten Ländern ist das ein schmerzhaftes und kontroverses Thema. Die Ständige Ausstellung soll daher nicht ausgerechnet in Berlin Besetzte, die von Opfern zu Tätern wurden, ins Zentrum stellen. Dennoch wird das Thema nicht vermieden. Schon während des Zweiten Weltkriegs wird oft das Wort «Kollaboration» verwendet. Aufgrund seiner häufig polemischen Aufladung und vielfachen Unschärfe wird es im Realisierungsvorschlag nicht benutzt. Stattdessen werden die Methoden der Deutschen gezeigt, Zusammenarbeit herbeizuführen.

Solche und viele weitere bis heute drängende Themen werden in Wechselausstellungen aufgegriffen. Diese werden sich vor allem auch mit den vielen Formen der Erinnerung und der kulturellen und juristischen Auseinandersetzung der Verbrechen beschäftigen.

## **2. Struktur: Stiftung, Gremien und Umfang**

2.1 Errichtung einer unselbständigen Stiftung unter dem Dach der Stiftung Deutsches Historisches Museum.

Damit wäre das Kuratorium des DHM auch zuständig für das neue Dokumentationszentrum. Auf diesem Wege werden Konflikte um die Zusammensetzung eines eigenen Stiftungsrates in der besonders sensiblen Anfangsphase vermieden.

Die Gewinnung von profilierten internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für den Wissenschaftlichen Beraterkreis des Dokumentationszentrums profitiert vom Ansehen, den Netzwerken und dem institutionellen Gewicht des DHM in der ganzen Welt.

Die Ansiedlung des neuen Dokumentationszentrums im Wirkungskreis des DHM ist auch ein weithin sichtbares Bekenntnis zur Geschichte der Besatzungsherrschaft als Teil der deutschen Geschichte.

Der institutionelle Rahmen soll nach angemessener Zeit überprüft werden, und die neue Stiftung kann dann auch in die Selbständigkeit entlassen werden.

## 2.2 Ausstattung mit Forschungsabteilung, Archiv/ Sammlung und Bibliothek

Das neue Dokumentationszentrum muss unabhängig agieren können, um beispielsweise Wechsellausstellungen, Tagungen oder Veranstaltungen aus eigener Kraft konzipieren und durchführen können. Ein Programm, das hauptsächlich aus Übernahmen bestünde, würde zu Abhängigkeiten von anderen Akteuren und deren Narrativen führen. Analog dient der Aufbau einer eigenen Objekt- und Dokumentensammlung auch hier der Unabhängigkeit des Dokumentationszentrums von fremden Objektgebern.

Die Forschungsabteilung soll durch ihre Personalausstattung von vornherein den internationalen Wissenschaftsdialog stärken. Forschungen zu Nationalsozialismus, Zweitem Weltkrieg, Holocaust und deutscher Besatzungsherrschaft finden in mehr als 20 Sprachen statt. Diese anwendungsbezogen für das Dokumentationszentrum auszuwerten und zu vernetzen, bietet die Chance, europäischen Dialog in der institutionellen Praxis des neuen Hauses zu verankern. Zusätzlich ist das Fellowship-Programm ein bewährter und kostengünstiger Weg, das Dokumentationszentrum immer wieder neu zu dynamisieren und zu internationalisieren.

## 2.3 Forum Europäische Erinnerung

Aus Opferverbänden und -vertretungen, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Akteuren soll ein beratendes Gremium errichtet werden, das den Opfern deutscher Besatzungsherrschaft und deren Nachkommen eine starke Stimme verleiht. Damit setzt das neue Dokumentationszentrum vor allem auf den Dialog mit der europäischen Zivilgesellschaft.

## 2.4 Errichtung einer gewichtigen Institution

Der Vorschlag des DHM entspricht den Dimensionen der historischen Ereignisse und ist in etwa vergleichbar mit dem Zuschnitt von musealen Einrichtungen wie dem Museum des Zweiten Weltkrieges in Danzig, dem United States Holocaust Memorial Museum in Washington D.C. und dem Imperial War Museum in London.

Von den Flächen her gedacht ist es nicht kleiner als das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Weniger wäre in den ehemals besetzten Ländern Europas nicht vermittelbar.

Die Größe des zukünftigen Dokumentationszentrums löst damit auch die Forderung des Bundestages nach einer sichtbaren Geste an die Gesellschaften der ehemals besetzten Länder ein.

### **3. Gedenken: Individuell statt Ritual**

Auftrag des Bundestages war, den Dialog mit Opferverbänden und -vertretungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen in ganz Europa zu suchen. Zu diesem Zweck hat das DHM im Rahmen eines Offenen Forums etwa 150 Akteure eingeladen und mit etwa 50 von ihnen intensive, mehrstündige Gespräche geführt.

Einhellige Überzeugung der Vertretungen der Opfer deutscher Besatzungsverbrechen und ihrer Nachkommen war, unbedingt eine ritualisierte und zeremonielle Gedenkpraxis im Rahmen des Dokumentationszentrums zu vermeiden. Zum einen würde dies politische Konflikte wiederum ins Haus holen und zum anderen die Bedeutung der in vielen Gedenkstätten erhaltenen Authentizität als Leidensorte schmälern.

Stattdessen wurde ebenso einhellig der Wunsch nach Raum für individuelles Gedenken und Reflexion geäußert. Diesen Wunsch hat sich das DHM zu eigen gemacht, ohne bereits jetzt konkrete Gestaltungsvorschläge zu unterbreiten.

### **4. Fazit und Ausblick**

Das DHM hat den Realisierungsvorschlag am 22. Dezember 2021 eingereicht – zwei Monate vor dem 24. Februar 2022, der den deutschen Blick auf das östliche Europa tiefgreifend verändert hat. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt in bedrückender Klarheit die Zerbrechlichkeit des europäischen Friedensprojekts. In jeder Krise der letzten Jahre hat sich außerdem gezeigt, dass die Jahre 1939–1945 die damals besetzten Länder tief geprägt haben. Auch heute noch sind die historischen Erfahrungen jederzeit abrufbar. Darum ist das Wissen um die deutsche Gewaltherrschaft über Europa 1939–1945 von entscheidender Bedeutung für die Kommunikation mit den europäischen Nachbarn. Die Anerkennung dieser Geschichte durch Deutschland ist für die ehemals besetzten Länder besonders wichtig und deshalb ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des europäischen Friedens.

Inzwischen verdichten sich Hinweise auf aktuelle russische Kriegsverbrechen in der Ukraine. Es droht die Gefahr, dass mit dem Verweis auf diese einer Relativierung der deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg Vorschub geleistet wird. Diese leichtfertigen Analogien offenbaren einen großen Einordnungs- und Informationsbedarf, den das Zentrum mit einer konsequenten Ausrichtung auf historische Aufklärung, auf Dokumentation und auf die Stärkung historischer Urteilskraft bedient. Deshalb ist das Dokumentationszentrum jetzt, zu diesem Zeitpunkt als geschichts-politisches Projekt für Europa von besonderer Bedeutung.

Aufgrund all dieser Erwägungen hoffe ich, dass der Deutsche Bundestag den vorliegenden Realisierungsvorschlag für gut befindet und die Bundesregierung auffordert, das Konzept schnellstmöglich umzusetzen.